



Stuttgart, 14. Juli 2016

## **Baden-Württemberg School of Public Health – jetzt!**

### **Zur Notwendigkeit einer strategischen Qualifizierungsoffensive für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg**

Dem am 1. Januar 2016 in Baden-Württemberg in Kraft getretenen Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) kommt eine bundesweite Vorreiterrolle zu. Denn mit diesem Reformgesetz konnte das Profil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) hierzulande nachhaltig geschärft werden. So ist zum einen ein klassisches Tätigkeitsfeld des ÖGD, nämlich der Gesundheits- und Infektionsschutz, neu in Wert gesetzt worden. Zum anderen und vor allem wird der ÖGD künftig verstärkt Daseinsvorsorgeaufgaben wahrnehmen. So soll er vor Ort dazu beitragen, Strukturen der Gesundheitsförderung und Prävention noch breiter zu etablieren. Zugleich hat er mit dafür zu sorgen, dass flächendeckend eine wohnortnahe, hochwertige medizinische Versorgung vorhanden ist und sektorenübergreifend weiterentwickelt wird. Der reformierte ÖGD orientiert sich damit umfassend an den gesundheitlichen Bedarfen der Bevölkerung, richtet sich verstärkt an der kommunalen Lebenswirklichkeit aus – und das ist gut so.

Allerdings wird die Neuausrichtung des ÖGD nur dann nachhaltig Erfolg haben, wenn die ärztlichen und nicht-ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖGD in die Lage versetzt werden, die veränderte Aufgabenstellung auch tatsächlich bewältigen zu können. Inwieweit dies gelingt, hängt von diversen Randbedingungen ab. So bedarf es einer ausreichenden Ressourcenausstattung, braucht es ausreichend Personal und Sachmittel. Ferner müssen die Gestaltungsbefugnisse der Kommunalen Gesundheitskonferenzen, die unter der fachlichen Koordination des ÖGD die Gesundheitsaktivitäten im kommunalen Umfeld vernetzen und steuern, konsequent weiter gestärkt werden. Nicht zuletzt muss im Interesse der gemeinsamen Daseinsvorsorgeaufgabe Gesundheit die Kooperation zwischen den Trägern der sozialen und der kommunalen Selbstverwaltung intensiviert und verfahrensmäßig besser strukturiert werden.

Kurzfristig kommt es daneben insbesondere darauf an, eine Aus-, Fort- und Weiterbildungsstruktur auf den Weg zu bringen, die dem Wandel des ÖGD und den daraus erwachsenden Herausforderungen umfassend gerecht wird. Mit dem Kurs für Öffentliches Gesundheitswesen, der im April 2014 bei der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie (SAMA) gestartet wurde und finanziell ausschließlich von Land- und Stadtkreisen getragen wird, ist ein wichtiger

Schritt in die richtige Richtung unternommen worden. Dieses modular aufgebaute, auf die besonderen Verhältnisse im Land abgestimmte Aus-, Fort- und Weiterbildungsprogramm für alle Profession des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ist ein beachtlicher Zwischenerfolg. Allerdings müssen nun schnell weitere Schritte folgen.

Um den ÖGD auf dem landesgesetzlich vorgegebenen Zukunftskurs zu halten, bedarf es einer – strategisch angelegten – Qualifizierungsoffensive zur berufsgruppenübergreifenden Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Eine solche strategische Qualifizierungsoffensive entspreche dabei in besonderer Weise dem Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg, der sich ausdrücklich zur weiteren Stärkung des ÖGD bekennt.

**Ziel muss es sein, in Baden-Württemberg eine qualifizierte und nachhaltige Aus-, Fort- und Weiterbildungsstruktur für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu etablieren, die unmittelbar an einen anwendungsbezogenen Forschungsverbund rückgekoppelt ist. Wir brauchen mit anderen Worten eine Baden-Württemberg School of Public Health.** In diese sind, koordiniert durch das Ministerium für Soziales und Integration, alle relevanten Partner auf Landesebene – namentlich das Landesgesundheitsamt (LGA), die SAMA, die Hochschulen, die Landesärztekammer (LÄK), die Berufsverbände und die Kommunalen Landesverbände – sowie auf Ebene der Land- und Stadtkreise die Gesundheitsämter einzubeziehen.

Dafür ist es u. a. erforderlich, dass das LGA seine Rolle als fachliche Leitstelle des ÖGD noch stärker wahrnimmt. Insbesondere muss das LGA dazu beitragen, den Transfer von der Wissenschaft in die Praxis der Gesundheitsämter anwendungsbezogen sicherzustellen. Die SAMA sollte – auch in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern, etwa dem LGA oder der LÄK – ihr Fortbildungsangebot namentlich im Bereich der neuen Aufgabenbereiche des ÖGD ausbauen. Der bei der SAMA erfolgreich installierte Kurs für Öffentliches Gesundheitswesen ist fortzuentwickeln. An den Hochschulen und insbesondere an sämtlichen medizinischen Fakultäten des Landes müssen die Themen „Öffentliches Gesundheitswesen“ und „Öffentliche Gesundheit“ in Forschung und Lehre besser verankert werden. Dementsprechend ist beispielsweise auch das derzeit an der Universität Tübingen entstehende Zentrum für Versorgungsforschung und Öffentliches Gesundheitswesen konsequent zu unterstützen.

**Um die Rahmenkonzeption für die Baden-Württemberg School of Public Health zu erarbeiten und erste Umsetzungsschritte einzuleiten, müssten im kommenden Staatshaushalt 100.000 EUR eingeplant werden.** Dies ist die Summe, die in der letzten Legislaturperiode als Anschubfinanzierung für den Kurs für Öffentliches Gesundheitswesen im Raum stand, dann aber doch nicht geflossen ist.

**Mit einer Baden-Württemberg School of Public Health würde dem baden-württembergischen ÖGD auch ganz praktisch eine bundesweite Vorreiterrolle zuwachsen.**